

2. Tagung des 1. Kreisparteitages DIE LINKE. Teltow-Fläming, 15. November 2008, Kreishaus Luckenwalde

Rede der Kreisvorsitzenden Kornelia Wehlan

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, sehr geehrte Pressevertreter,

seit der Kommunalwahl am 28. September sind ja bereits einige Tage ins Land gegangen und der Alltag hat uns schon längst wieder eingeholt. Es war ein toller Wahlkampf und ein glänzender Wahlabend mit einer strahlenden Siegerin: DIE LINKE! Ich möchte die Wahlergebnisse auf unserer heutigen Tagung noch einen Augenblick wirken lassen – auch als Dank an unsere Kandidatinnen und Kandidaten und gewählten Abgeordneten, aber auch als großes Dankeschön an die vielen engagierten Frauen und Männer, an die jüngeren und älteren. Ohne euch, die ihr fleißig im Hintergrund gearbeitet habt, Plakate geklebt und aufgehängt habt, Infostände und Veranstaltungen abgesichert und Wahlflyer erstellt habt, wäre ein solcher Wahlerfolg nicht möglich gewesen. Der Kreisvorstand – ich persönlich – wir haben eine große Hochachtung vor dieser Arbeitsleistung im Team. Gestattet mir stellvertretend dafür besonders unserem Kreiswahlkampfleiter Manfred Thier zu danken.

Wir können mit Recht stolz sein auf unsere Wahlergebnisse – und das für den Kreistag wie auch für die Stadt- und Gemeindevertretungen, einschließlich der Ortsteile. Da, wo wir angetreten sind, haben wir an Stimmen absolut dazu gewonnen, auch wenn sich das, wie beispielsweise in den Städten Trebbin und Dahme und in der Gemeinde Großbeeren, noch nicht in einem Zugewinn an Mandaten niedergeschlagen hat. Gefreut haben uns die Ergebnisse in Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf und Ludwigsfelde, wo wir trotz Einwohneraustausch Mandate dazu gewinnen konnten.

Unsere Hochburgen

Als stärkste Fraktion in Luckenwalde und Jüterbog konnten wir unsere Hochburgen halten und mit absoluten Stimmengewinnen weiter ausbauen. In Jüterbog ist DIE LINKE jetzt gleichauf mit der SPD mit 6 Mandaten in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. In Luckenwalde ist unser Vorsprung zur SPD größer geworden – mit 11 zu 9 Mandaten. Und ein besonderes Highlight war am Wahlabend natürlich unsere neue Hochburg der LINKEN - die Gemeinde Am Mellensee, wo wir nun auch die stärkste Fraktion stellen.

Ein Schwerpunkt zum Leben erweckt

Besonders gefreut haben uns unsere Ergebnisse in der Stadt Baruth. Dort konnten wir unsere Mandate verdoppeln und haben das beste Parteienergebnis eingefahren. Hier ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit zu

teilergebnis eingefahren. Hier ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit zu wirklichem Leben erweckt worden und es gelang, auch die Parteistruktur durch Neueintritt und Zuwachs an Sympathisanten zu stabilisieren. Nach wie vor ist die Wählervereinigung dort zwar die stärkste Kraft mit sechs Mandaten, gefolgt aber nun von der LINKEN mit vier Mandaten. SPD und CDU sind dort mit nur jeweils drei Mandaten abgeschlagen.

Mehr als Verdopplung der Mandate

Was man kaum zu hoffen gewagt hat, haben unsere Mitstreiter in Zossen und Nuthe-Urstromtal erreicht. Hier gelang uns mehr als die Verdopplung der Mandate von bisher jeweils zwei auf heute fünf. Das ist eine deutliche Bestätigung unserer Wahlstrategie. Wir sind inhaltlich und personell gut aufgestellt und haben eigene Akzente, wie zur Innenstadtentwicklung und Abwasserpoltik, gesetzt.

Unsere weißen Flecken, also da, wo wir im ländlichen Raum weder mit einer Struktur noch mit Kandidaten vertreten sind, konnten wir ebenfalls reduzieren. Wir haben jetzt im Ortsteil Schlenzer der Gemeinde Niederer Fläming einen Ortsvorsteher und einen Sitz in der dortigen Gemeindevertretung. Das heißt für uns, dass wir in Schlenzer von 0 auf 100 durchgestartet sind.

Dies bestätigt: Dort, wo wir antreten, werden wir auch gewählt. Die ca. 1000 Wahlberechtigten der Gemeinden Ihlow und Dahmetal wählten unsere Kandidaten für den Kreistag. In die Gemeindevertretung sind wir leider nicht gewählt worden. Das ging auch nicht. Denn wir hatten für die Gemeindevertretung keinen Kandidaten aufgestellt. Mit anderen Worten: auch in einem so tollen Wahlergebnis wie der Kommunalwahl 2008 liegen noch Herausforderungen für die Zukunft!

Diese guten Ergebnisse, als Bestätigung guter Arbeit seit 2003 in den Gemeinden, Städten und im Kreistag waren letztendlich auch Garant für unseren Stimmenzuwachs von 12.580 auf nunmehr fast 48.000 Stimmen für den Kreistag Teltow-Fläming. Die Kommunalpolitik bildet den Grundpfeiler der Politik auf Landes- und Bundesebene. Dies gilt selbstverständlich erst recht für unsere Kreispolitik. Und dieses Grundverständnis wird getragen von unserer guten Arbeit in den Gemeinden und Städten. Hier sind wir verankert, gestalten vor Ort das Leben, geben Hilfestellungen und vermitteln unsere Inhalte für mehr soziale Gerechtigkeit an Hand konkreter Projekte und Vorhaben.

Kreistagsfraktion nun mit 14 Mandaten

Davon zeugen die hervorragenden Einzelergebnisse in den Wahlkreisen 1 bis 5 für den Kreistag Teltow-Fläming. Und noch eine Erfahrung können wir ableiten: Auch wenn wir noch keinen Bürgermeister in Teltow-Fläming haben, so zeigen die Kreistagsergebnisse für Dirk Hohlfeld, Maritta Böttcher und Klaus Hubrig, dass wir mit einem guten Personalangebot zu den Bürgermeisterwahlen in der Gemeinde Am Mellensee und in

den Städten Jüterbog und Ludwigsfelde präsent waren. Und vielleicht hat die heutige Politik des CDU-Bürgermeisters in Mellensee, den vorher keiner kannte, und die Zuspitzerpolitik des FDP-Bürgermeisters in Jüterbog – neuerdings mit einer FCB-Fraktion – aus FDP, CDU und Bauernverband - so manche Wählerin und Wähler mit ihrer Stimmenabgabe zu mehr Verlässlichkeit und Bodenständigkeit zurückfinden lassen.

Wir haben einen Stimmenzuwachs im Kreis von 5,12 Prozent zur Wahl 2003, den größten Stimmenzuwachs aller Wahlbewerber für den Kreistag. Zu meiner ganz persönlichen Freude liegen wir erstmalig in Teltow-Fläming nicht mehr unter dem Landesdurchschnitt der Partei in Brandenburg. Ihr könnt Euch vorstellen – das tat richtig gut, als ich montags nach der Wahl nach Potsdam fuhr!

SPD und CDU

Für die SPD war die Wahl indes kein Erfolg. Es ist noch gar nicht so lange her, dass in Teltow-Fläming die SPD mit absoluten Mehrheiten regiert hat. Dann kam ihr Stimmeneinbruch 2003 von 15 Prozent auf 27,38 %. Mit einem Zuwachs 2008 von 2,33 % konnte sie dieses Desaster nur marginal kompensieren. Die vermittelte Wohlfühlstimmung haben wir jedenfalls den SPD-Genossen nicht abgenommen.

Wahlverlierer ist eindeutig die CDU. Mit den Protagonisten hier vor Ort, die ja auch auf der Landes- und Bundesebene kräftig mitmischen und deutlich erkennbar sind im Parteiengezänk, schlug der Landestrend voll durch. Einzig Herr Berger, Trebbiner Bürgermeister, sticht heraus, der aber Opfer seiner eigenen Scheinkandidatur wurde und nicht in den Kreistag einziehen kann.

Die SPD ist die stärkste Fraktion mit 17 Mandaten plus 2 von den Grünen/Bündnis 90, die sich der Fraktion angeschlossen haben, gefolgt von der LINKEN mit 14 und abgeschlagen die CDU mit 10 Mandaten. Die FDP hat fünf Mandate, der Bauernverband drei, die Parteilosen nur noch ein Mandat, der Zossener Plan B zwei Mandate, der BVB/50 Plus zwei Mandate und die DVU hat ein Mandat zuviel.

Sozialprotest ist nicht rechtsradikal!

Und hier bin ich bei einem Thema, das uns sehr aufmerksam machen muss. DVU und NPD wurden in Teltow-Fläming gewählt. In Ludwigsfelde trat die NPD an und hat jetzt ein Mandat, in Jüterbog und Luckenwalde hat die DVU ebenso jeweils ein Mandat. Im Kreistag ist es ihnen zwar nicht gelungen ihr eines Mandat weiter auszubauen, aber sie konnten ihre Stimmenergebnisse von 2003 zu 2008 mit jetzt 5032 Stimmen mehr als verdoppeln. Ich bitte euch heute schon konkret für eure Regionen, für die Gemeinden, Städte, Ortsteile und Stadtwahlbezirke diese Ergebnisse zu analysieren. Dort, wo diese Parteien Ergebnisse weit über dem Durchschnitt einfahren konnten, müssen wir neue Schwerpunkte in der Öffentlichkeitsarbeit setzen. Überlassen wir die Protestwähler nicht den Rattenfängern. Sozialprotest ist nicht rechtsradikal! Wir haben eine be-

sondere Verantwortung, dies zu vermitteln. Diese Verantwortung tragen wir nicht allein: Versucht in den Vertretungen, dort, wo Rechtsradikale sitzen, Mehrheiten für einen demokratischen Grundkonsens gegen NPD und DVU zu schaffen. Es darf nicht dazu kommen, dass, wie in Sachsen geschehen, Abgeordnete demokratischer Parteien Anträge rechtsextremer Parteien unterstützen. Der märkische Landtag und auch die märkische Landespresse geben ein gutes Beispiel, wie mit Rechtsextremismus umgegangen werden sollte. Er muss konsequent als demokratiefeindlich aufgezeigt werden. Es darf nicht gelingen Menschen mit seiner Demagogie auszufüllen!

Schnittstellen bei SPD und CDU

Liebe Genossinnen und Genossen, wie gehen wir nun mit unserem Wahlergebnis um? Wir haben bereits darüber informiert, dass wir eine Schnittstellenanalyse mit den Kommunalwahlprogrammen aller Parteien und Wählergruppen erstellen. Nicht nur um nach der Wahl unsere Wahlkonkurrenten an ihre Aussagen zu erinnern, sondern vor allem, um kleine Schritte für eine andere Politik zur Verbesserung des Lebensalltags der Menschen zu initiieren. Wir meinen es ernst mit dem Politikwechsel in Teltow-Fläming! Darin wollen wir nicht locker lassen und wir wollen anderen zeigen, dass wir wissen, wie es geht. Die Analyse zeigt, dass nur SPD, LINKE und CDU Kreiswahlprogramme haben. Sie zeigt aber auch, dass es kommunale Schnittstellen zur SPD und zur CDU gibt.

Beim hiesigen Lokalredakteur liest sich das so: „Inhaltlich haben sich in den vergangenen, ausgesprochen harmonischen Jahren im Kreistag sogar CDU und Linkspartei angenähert.“ Na klar! Die CDU hatte ja auch keine andere Chance. Sie konnte unsere Anträge, wie zum Sozial- und Familienpass, zu den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger, zur unentgeltlichen Schülerbeförderung, zu den Einschulungsbeihilfen nicht einfach ablehnen. Dann wäre die Koalition aus CDU und SPD ja schon vor der Wahl geplatzt. Denn der Landrat hatte für alle deutlich signalisiert unsere Anträge zu unterstützen. Und da sage ich: Gut so. Endlich wird auch führenden Sozialdemokraten klar, dass hier vor Ort eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit herrscht und Kinderarmut längst angekommen ist. An dieser traurigen Realität kommt keiner mehr vorbei. Vielleicht wollen Sozialdemokraten aber auch diese Realität nicht mehr einfach verdrängen. Nach Jahren der Schröder'schen Agenda-2010- und Hartz IV-Politik, nach soviel Armut per Gesetz, will vielleicht auch der treueste SPD-Parteisoldat nicht mehr ohne Murren marschieren.

Partei übergreifende Arbeit nur vor Wahlen?

Fakt ist, dass es vor den Wahlen parteienübergreifende kommunale Oppositionsbünde gab gegen die eigene Hartz IV-, Niedriglohn- und Leiharbeitspolitik, die zu engen Budgets in den Kassen der Familienhaushalte geführt hat. Das war vor den Wahlen. Gibt es solche Oppositionsbünde auch nach den Wahlen?

DIE LINKE ist authentisch auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Dabei brauchen wir die Auseinandersetzung mit unserer Regierungsverantwortung in Berlin nicht zu scheuen. Als DIE LINKE in Berlin mit der SPD Regierungsverantwortung übernommen hat, fand sie ein beispielloses Finanzchaos vor, was die CDU in Berlin hinterlassen hat. Trotzdem hat die LINKE eigene Projekte umgesetzt, wie beispielsweise die Verhinderung der Privatisierung Europas größter Krankenhausgesellschaft, die Einführung des elternbeitragsfreien Vorschuljahres, das Sozialticket, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der erstmals Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert, das längere gemeinsame Lernen über Modellversuche zur Gemeinschaftsschule. Wer solch eine gute Politik macht, braucht sich vor Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht zu scheuen. Schließlich hat das Land Berlin durch das konsequente Nein der LINKEN weder der Gesundheitsreform, noch der Rentenreform und dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr im Bundesrat zugestimmt.

Kreisliche Bündnisse

Liebe Genossinnen und Genossen, nun wird ja die hiesige Presse nicht müde, den potentiellen Partnern der SPD im Kreis – also CDU und uns – eine gewisse Unruhe zu bescheinigen. Eichelbaum und Wehlan werden als mögliche Vize-Landräte gehandelt und, ich zitiere: „...haben nicht ewig Zeit, sich für einen Posten in der Kreisverwaltung aufzusparen.“ Da musste ich dann wirklich schmunzeln. **Erstens** werden wir – DIE LINKE – nicht unruhig, denn wir arbeiten bereits inhaltlich. Die euch vorliegende „Luckenwalder Erklärung“ formuliert inhaltliche Schwerpunkte aus unserem Wahlprogramm, die für die nächsten Wochen für uns – für die Partei und Fraktion Priorität haben. Wir setzen mit unserer Erklärung Prioritäten für unsere Arbeit angesichts der sich verschärfenden Situation auch in unserem Kreis durch die Finanzkrise. **Zweitens**, wer unruhig werden müsste ist sicherlich Herr Eichelbaum – also der alte Koalitionspartner – die CDU. Denn jede Woche, die ohne deutliche Ansage zur Weiterführung der Koalition verstreicht, ist auch ein Signal was ankommt und spricht gerade für ein freudiges Ja zur Fortführung der Koalition aus SPD und CDU. Und das wissen Herr Eichelbaum und Herr Petke – übrigens auch die Presse. **Drittens** stehen für uns inhaltliche Schnittmengen und das Benennen konkreter Projekte und Vorhaben im Vordergrund. Es geht um Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern. Und diese Glaubwürdigkeit werden wir nicht wegen eines Personalpokers aufs Spiel setzen. Und es geht **viertens** um Vertrauen, um Vertrauen zwischen Personen, die auf beiden Seiten für eine Zusammenarbeit, Kooperation oder auch Koalition stehen. Und das wächst nicht von heute auf morgen. Es gab schließlich auch Verletzungen die nachwirken, wie die deutliche Ansage von SPD und CDU im Jahr 2004 zur Bildung einer Koalition „gegen die Radikalen von Rechts und Links“.

Zusammenarbeit bis zu den Landtagswahlen und dann Personalie

Wir sind deshalb, glaube ich, gut beraten, wenn wir in Sondierungsgesprächen zunächst in aller Ruhe abklären, wie weit sich die inhaltlichen Schnittmengen, die sich aus den Wahlprogrammen zwischen SPD und uns zweifelsfrei herauslesen lassen, auch in eine gelebte Politik, auf Veränderungen im Kreis, auf gemeinsam getragene Projekte übertragen lassen. Wir möchten nämlich gerne verhindern, dass sich das, was Müntefering für die Bundesebene mal gesagt hat, auch im Kreis wiederholt – dass es nämlich unfair sei, an seine Wahlversprechen erinnert zu werden. Deswegen brauchen wir für solche Sondierungsgespräche Zeit. Dies wird helfen, Vertrauen für gemeinsame politische Arbeit zwischen SPD und uns zu schaffen. Wir haben im Kreisvorstand deshalb beschlossen, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Kornelia Wehlan, Hans-Jürgen Akuloff, Ralph Krech und Maritta Böttcher und gegebenenfalls anderen Personen für die Sondierung möglicher gemeinsamer Arbeit zwischen SPD und uns zu bilden.

Und wir bleiben bei dem alten Grundsatz, dass Personalfragen erst nach den inhaltlichen Sondierungen thematisiert werden. Dies gilt im Übrigen auch für die Landratswahl.

Glaubwürdigkeit dokumentiert sich streng inhaltlich

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind keine Dogmatiker. Wir haben uns in unserem Wahlprogramm für einen Politikwechsel im Kreis ausgesprochen und dafür Vorhaben und Projekte benannt. Ja, DIE LINKE ist für die Direktwahl der Landräte, aber ich frage euch, wenn ein Politikwechsel möglich ist, dieser inhaltlich gelebt wird im vertrauensvollen Miteinander – nimmt man uns dann ab, einen Politikwechsel nicht zu tun, weil beispielsweise ein gemeinsamer Landratskandidat Giesecke in Direktwahl und nicht durch die Wahl im Kreistag gewählt werden soll? Glaubwürdigkeit ist der Anspruch an unsere Arbeit und die dokumentiert sich streng inhaltlich und nicht über die Frage Nummer 1 – dem Machtzugang. Deshalb: 1. Schnittstellen benennen, 2. Gemeinsame Projekte bearbeiten und dann 3. Landratskandidatur und Beigeordnetenstelle.

In eigener – in unserer Sache

Liebe Genossinnen und Genossen, gestattet in eigener – in unserer Sache noch ein Wort zur möglichen Vizelandratskandidatur und zum Bürgermeisterwahlkampf in Luckenwalde. Bereits im Mai bzw. Juni diesen Jahres haben wir uns im Gebietsverband Luckenwalde mit Jürgen Akuloff, Rudi Haase, den Luckenwalder Vertretern der Kreistagsfraktion und des Gebiets- und Kreisvorstandes die Karten gelegt. Und Ihr könnt mir glauben, es war uns wichtig, was wichtig auch für die Partei ist.

Nach Abwägung aller Verantwortungen komme ich dem Bürgerwillen, dokumentiert auch für mich in einem einzigartigen Wahlergebnis auf

Kreis- und Stadtebene am Besten nach, wenn ich meine Kommunalmandate konsequent ausfülle. In diese wurde ich mit diesem Ergebnis gewählt. Das birgt zusätzliche Potenzen für die Arbeit in der jeweiligen Fraktion, wenn es gelingt, den Sprung in die neue Landtagsfraktion 2009 bis 2014 wieder zu schaffen.

Die Beschlussfassung zur Fachkompetenzliste des Landesvorstandes und des Landesausschusses für die zukünftige Landtagsfraktion und die Verbindung des Bereiches Agrarpolitik/Ländliche Entwicklung mit meiner Person unterstützt uns in dieser Entscheidung. Natürlich ist auch ein bisschen Stolz dabei, dass meine Arbeit als Arbeitskreisleiterin für den Bereich Wirtschaft, Agrarpolitik, ländliche Entwicklung, Verkehrspolitik, Energie, Umwelt und Verbraucherschutz und Mitglied des Fraktionsvorstandes der Landtagsfraktion anerkannt wird.

Als Bürgermeisterin oder Vizelandrätin wären Kreisvorsitzende und Kreistags- und Stadtverordnetenmandate nicht mehr möglich - auch nicht die Verteidigung des ersten Direktmandates der LINKEN in Teltow-Fläming. In Abwägung all dieser Fragen kandidiere ich heute für den Vorschlag des Kreisverbandes zur Landesliste.

Wir haben fachkompetente Kandidaten

Und um den Fragen vorzubeugen, was wird mit der Bürgermeisterkandidatur in Luckenwalde und einer möglichen Beigeordnetenstelle im Kreis: Wir werden eigene Kandidaten aufstellen - eine Personalkommission hat der Kreisvorstand im Oktober berufen. Dazu verpflichten das Wahlergebnis für die Stadtfraktion Luckenwalde ebenso wie das Wahlergebnis im Kreis. Im Übrigen ist das auch nicht mehr so schwierig, seit DIE LINKE bundesweit eine große Akzeptanz und Anerkennung erfährt. Das bestätigt auch eine Untersuchung zum Wahlverhalten in Abhängigkeit zur Einkommensverteilung. Hier wird deutlich, dass in Ostdeutschland der Anteil der LINKEN unter allen Parteianhängern in der vierthöchsten Einkommenschicht – also bei der gehobenen Mittelschicht – mit 31 Prozent am stärksten ausgeprägt ist. Man muss also nicht in Armut leben, um sich eine bessere menschlichere Gesellschaft vorstellen zu können bzw. diese auch zu wollen.

Es gibt eine größere Bereitschaft mehr Verantwortung in Mandaten bzw. Stellen der LINKEN zu übernehmen. Wir haben heute größere eigene personelle Möglichkeiten, als noch vor einigen Jahren. Das haben wir alle deutlich spüren können bei den Kandidaturen für die Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsteilvertretungen. Waren es noch 2003 157 Frauen und Männer, die für uns kandidiert haben, so sind es in diesem Jahr 246 – eine Steigerung um 36 Prozent. Eine ebenso erfolgreiche Bilanz gibt es bei der Mitgliederentwicklung. So konnten wir bereits für 2007 feststellen, dass wir erstmals mehr Mitglieder aufgenommen haben, als durch Umzug oder Ableben uns verlassen mussten. In diesem Jahr

haben wir bereits 27 Eintritte und werden dieses Fazit erneut ziehen können. Seit der Gründung der LINKEN haben wir 45 Neueintritte und jetzt insgesamt 434 Mitglieder im Kreisverband.

Aktuelle Situation – Finanzkrise

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich auf die aktuelle Situation der Finanzkrise eingehen, die, wie die Informationen vom Mittwoch dieser Woche zeigen, mit Kurzarbeit und drohender Arbeitslosigkeit in Betrieben des Holzkompetenzzentrums Baruth mit ihren schlimmen Auswüchsen bereits angekommen ist. Der Einbruch der Exportmärkte wie in der Automobil- und Holzbranche bedeutet für Teltow-Fläming drastische Auswirkungen. Wir haben Branchenkompetenzfelder im Landkreis die Exportbranchen sind, ich verweise auch auf das Branchenkompetenzfeld Luft- und Raumfahrt. Diese Exportbranchen haben Teltow-Fläming zu einer prosperierenden Wirtschaftsentwicklung verholfen. In einer Wirtschaftskrise wird jedem klar: Die Auswirkungen der Agenda 2010-Politik wird die Krise in Deutschland weiter verschärfen. Denn die Agenda 2010 hat die Binnen- sprich Massenkaukraft geschwächt und nicht gestärkt. Sie hat durch unsägliche soziale Entscheidungen, wie der Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktreform, das soziale Netz zerschnitten, das wir in der Krise noch dringender brauchen, als ohnehin heute schon. Deshalb ist dringender Handlungsbedarf gegeben:

Weil Banken vom Staat Sozialhilfe und Sicherheiten in Höhe von 500 Milliarden Euro erhalten, können die Regierungen in Berlin und Potsdam nicht behaupten, dass zur Linderung der Not von Menschen kein Geld da sei. Wir brauchen ein Konjunkturprogramm in mindestens eben dieser Höhe. Die stark auf Export ausgerichtete Wirtschaft muss im Inland angekurbelt werden mit Investitionen in Bildung und Infrastruktur, sowie mit wirksamen Maßnahmen, um die Kaufkraft der Menschen zu stärken.

Das Erste, was wir brauchen, ist eine Lohnpolitik, mit der die Arbeitnehmer tatsächlich wieder am Wachstum der Volkswirtschaft beteiligt werden. Seit zehn Jahren sinken die Reallöhne in Deutschland. Deutschland ist auf dem letzten Platz bei der Entwicklung der Reallöhne in Europa. Diese Entwicklung ist gewollte Regierungspolitik - über Hartz IV, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit.

Als Zweites müssen die Rentner endlich wieder am wachsenden Wohlstand teilnehmen können. Ebenso muss Altersarmut durch schlechte Arbeit und schlechte Löhne verhindert werden.

Drittens brauchen wir keine weiteren flächendeckenden Senkungen der Unternehmenssteuern. Vielmehr brauchen wir einen Umbau im Steuerrecht, dass der investierende Unternehmer belohnt und der spekulierende Unternehmer eben nicht belohnt wird. Die Steuerpolitik unter Rot-Grün und jetzt Schwarz-Rot hat zur Absenkung der Staatsquote von 48

Prozent auf 43,5 Prozent geführt und deshalb sind die jährlichen Ausgaben heute um 114 Milliarden Euro geringer.

Wenn man alles addiert, was in den Steuer- und Zukunftspapieren der LINKEN steht, dann sind das 255 Milliarden Euro, die man mehr zur Verfügung hätte - und das Jahr für Jahr.

Wenn wir Investitionsprogramme in dieser Größenordnung fordern hören wir immer wieder: Das sei der Untergang des Abendlandes. Wir aber halten dagegen: Wenn dies stimmen würde, dann müssten Dänemark und Schweden längst schon untergegangen sein. Wenn man ihre Steuer- und Abgabenquote auf Deutschland übertragen würde, dann hätte man in Deutschland 375 Milliarden Euro pro Jahr Mehreinnahmen – mehr für Bildung, mehr für Ausgaben in der öffentlichen Infrastruktur. Die Investitionsquote in unseren öffentlichen Haushalten ist im Vergleich mit den europäischen Nachbarn nur halb so hoch. Hier schließt sich **viertens** der Kreis zu den kommunalen Möglichkeiten und Spielräumen. Die sich verschärfende Wirtschaftskrise erfordert entschlossenes Handeln. Das Schutzschirmchen von 12 Milliarden, was die Bundesregierung jetzt aufspannt, ist nicht geeignet, die Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs aufzuhalten. Mit 0,25 Prozent unseres jährlichen Sozialproduktes kann man weder eine Rezession verhindern noch Arbeitsplatzabbau stoppen. Hier muss nachgelegt werden.

Und **fünftens** brauchen wir eine wirkliche Regulierung der Finanzmärkte, um wieder Ordnung in das Chaos der weltweiten Finanzmärkte zu bekommen.

Die Finanzkrise zeigt uns allen deutlich, dass ein ungezügelter, nicht regulierter Finanzmarktkapitalismus den Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung nach Freiheit und Gerechtigkeit in wirtschaftlich abgesicherten Lebensverhältnissen nicht gerecht wird. Die derzeitige Krise und die drohende Rezession stellen die Frage nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Wirtschaft und Politik, von Risiko und Sicherheit, von Freiheit und Gerechtigkeit. Unsere eigenen Erfahrungen zeigen, dass es in diesen Fragen kein Entweder-Oder geben darf. Und wenn die soziale Marktwirtschaft diese Entwicklung nicht verhindern kann, wird die Notwendigkeit einer neuen Finanz- und Wirtschaftsordnung deutlich, die den Menschen – und nicht das Kapital – in den Mittelpunkt stellt. Wir nennen diesen Weg demokratischen Sozialismus. Er ist für uns das Ziel einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird. Dabei lassen wir uns von Werten leiten, die den Schritten zu einer gerechten Gesellschaft Zusammenhang und Orientierung geben: Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt der Gerechtigkeit, die wir anstreben. Sie sind mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden. Das ist der Gründungskonsens der LINKEN. Nachzulesen in unseren programmati-

schen Eckpunkten. Dafür steht DIE LINKE im Großen wie im Kleinen hier vor Ort.